



Jg. 6
Nr. 4/1998

Zur Generalversammlung am 16. Mai

Die hoffentlich letzte außerordentliche Generalversammlung ist für 16. Mai in Salzburg ausgeschrieben. Es ist bedauerlich, daß das Präsidium den Stil mit dem es seine Arbeit im November 1997 begonnen hat, äußerst konsequent weiterführt und seit Monaten das bestätigt, was die Kritiker vorbringen.

Statt dem oftmals und sehr ernsthaft vorgebrachten Wunsch zu entsprechen und sich nochmals einer Wahl zu stellen, stellt das Präsidium die „Vertrauensfrage“ und ist nicht mehr bereit, für eine Wahl zur Verfügung zu stehen. Seinerzeit, im November, als gegen den **Stil** der Wahl protestiert wurde, war die Frage Vertrauen versus Mißtrauen obsolet, da die Mehrzahl der Präsidiumsmitglieder weitgehend unbekannt war, und daher weder Vertrauen noch Mißtrauen am Platz war.

Durch im Statut vorgesehene demokratische Protestaktionen, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die Hintergründe der Überrumpelungsaktion zu erfahren, um danach, auf Grund der dargestellten unterschiedlichen berufspolitischen Zielvorstellungen **wirklich wählen** zu können. Inzwischen sind vier Monate vergangen, in denen sich immer mehr gezeigt hat, daß die Vertrauensfrage tatsächlich wichtig geworden ist. Wir erlebten ein Präsidium, das keine Konfliktbereitschaft zeigte, sich jeglicher Diskussion entzog, statt dessen Anwälte für sich sprechen ließ. In keinster Weise war zu erkennen, daß es Interesse hatte, **für den Verband** etwas zu tun, das geeignet gewesen wäre zur Klärung und zur Beruhigung beizutragen, statt dessen verteidigt es verbittert seine eigenen Positionen.

MitgliederInnenzeitschrift des Wiener Landesverbandes für Psychotherapie

WIENERLANDS- NACHRICHTEN

In ihrer bisherigen Amtszeit gingen die Mitglieder des Präsidiums, allen voran die Präsidentin, mit Zynismus, einer beispiellosen Überheblichkeit und Respektlosigkeit mit der Meinung einer großen Zahl von Mitgliedern um, setzten sich über deren Anliegen hinweg, ohne sich auch nur einmal damit persönlich auseinanderzusetzen. Die Argumente von Personenkomitees, Institutionen, Landesverbänden, die für die Wahlwiederholung auf einer breiten Basis einer demokratischen Briefwahl standen, wurden von Beginn an verzerrt, und in die Richtung eines unverantwortlichen Querulantentums und der Polarisierung von Personen gedrängt. Die a.o. GV am 7. März wurde mit zweifelhaften juristischen Mitteln zu vereiteln versucht - gestützt allein durch die Aussage einer Landesvorsitzenden, die nicht die Mehrheit des Vorstandes hinter sich hatte, mehr noch: sogar einen Mißtrauensantrag des Vorstandes. Die Aussage in der Einladung zur a.o. GV., daß das Präsidium für eine Wahlwiederholung nicht zur Verfügung steht, zeigt eine trotzige Beharrlichkeit, nur sich und ihr Amt sehend. Nicht einmal die Form wird gewahrt und darauf hingewiesen, bis wann sich KandidatInnen melden können. Wie schon einmal am 7. März wird versucht, eine geforderte a.o. GV nicht ernst zu nehmen, indem man nicht einmal die sich der eventuellen Neuwahl stellenden KandidatInnen vorstellt. Zuletzt wurden dem Wiener Landesvorstand die Adressen der niederösterreichischen und burgenländischen KollegInnen vorn Präsidium verwehrt, was eine Machtdemonstration darstellt um Informationen zu verhindern. Wir wollten unsere

„Nachbarländer“ zu einer Veranstaltung einladen.

Noch ein Wort zum Thema „Amtsenthebung“: Fälschlicherweise wird von Seiten des Präsidiums immer wieder behauptet, Amtsenthebung sei ohne schwerwiegende Gründe nicht möglich. Dies entspricht laut unseren Rechtsauskünften nicht den Tatsachen! Amtsenthebung ist auch aus formalen Gründen um eine Wahl zu ermöglichen durchführbar.

Der 16. Mai 1998 wird ein wichtiger Tag für unseren Verband, an dem sich zeigen wird, welchen Führungsstil und welchen Umgang miteinander wir wollen. Der Wiener Landesverband hofft, daß Sie, liebe Mitglieder so zahlreich wie bei der letzten GV im März von Ihrer demokratischen Möglichkeit und Verantwortung Gebrauch machen.

Dr. Jutta Fiegl

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wieder einmal wenden wir uns an Sie, um Ihnen die letzten Neuigkeiten aus dem Berufsverband mitzuteilen:

Wie Sie bereits der letzten Aussendung des Präsidiums entnommen haben hat dieses entsprechend den Statuten (137 Mitglieder haben den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mit den Tagesordnungspunkten: „Amtsenthebung des Präsidiums“ und „Neuwahl“ gestellt) die neue a.o. Generalversammlung am 16.5. in Salzburg festgelegt.

Von den KandidatInnen für die Neuwahl des Präsidiums haben wir erfahren, daß aus Sparsamkeitsgründen auf eine Aussendung mit der Vorstellung der KandidatInnen verzichtet wurde. Es erscheint uns jedoch sehr wichtig, bereits vor der Versammlung in Salzburg die Möglichkeit zu schaffen, die Kolleginnen und Kollegen, die sich für eine Wahl zur Verfügung stellen, kennenzulernen und inhaltliche und berufspolitische Fragen zum Status quo im ÖBVP zu diskutieren.

Der WLP lädt Sie daher zu einer

Gesprächsrunde

am 6. Mai 1998 um 20.00 Uhr im Hotel Regina (Votivsaal)
Rooseveltplatz 15, 1090 Wien ein

Folgende Kolleginnen und Kollegen werden kandidieren:

- | | |
|--------------------------------|------------------------|
| • Hon. Prof. Dr. Alfred Pritz | als Präsident ÖBVP |
| • Dr. Traudl Szyszkowitz | als Vizepräsidentin |
| • Elisabeth Töpel | als Schriftführerin |
| • Günther Junke | als Kassier |
| • Dr. Christian Korbel | als Präsidiumsmitglied |
| • Dr. phil. Ulrike Vera Strauß | als Präsidentin |

An alle ÖBVP-Mitglieder!

Wir, eine Gruppe von Mitgliedern, die bisher nicht als Funktionäre oder vereinspolitisch tätig waren, haben uns zusammengetan um Ihnen unseren Standpunkt bezüglich der bevorstehenden a.o. Generalversammlung am 16.5.98 in Salzburg nahezubringen.

Wir sind empört und nahezu fassungslos, auf welcher respektlosen und impertinente Weise wir PsychotherapeutInnen von dem seit November 1997 amtierenden Präsidium in unseren Anliegen mißachtet und beiseite geschoben wurden und wollen an Sie appellieren, sich - in welche Richtung auch immer - zu engagieren und von Ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen! Wir wollen, daß das Präsidium, das für unseren Berufsstand in der nächsten Zeit sehr wichtige, für die Zukunft richtungweisende Entscheidungen zu treffen hat, in einer Art und Weise gewählt wird, die für alle verbindlichen Charakter hat. Dazu gehört aber auch vor allem, daß inhaltliche Positionen tatsächlich inhaltlich diskutiert und transparent gemacht werden müssen. Wir müssen wissen, wofür diese Personen stehen, uns genügt nicht ein Versprechen, sich um das Nötige zu kümmern. Ein Mauern und die Verweigerung der Diskussion ist nicht der Stil, den uns das derzeitige Präsidium versprochen hat. Um eine Neuwahl zu ermöglichen, ist statutengemäß eine Amtsenthebung des amtierenden Präsidiums zwingend vorgeschrieben. Wie bereits ausgeführt, setzen wir uns für einen demokratischen, transparenten

Wahlakt ein. Daher rufen wir zur Amtsenthebung des amtierenden Präsidiums auf.

Zur Geschichte

Nach St. Pölten sind mehr als 500 Mitglieder (laut Statuten genügen bereits 100!) aufgestanden und haben ihren Unmut über die Vorgangsweise bei der Wahl (und nicht über die Personen des neuen Präsidiums!) schriftlich und mündlich kundgetan. Wir konnten uns zwar keinen Reim auf die Vorkommnisse in St. Pölten machen, sind aber trotzdem recht zuversichtlich zur a.o. Generalversammlung nach Salzburg gefahren in der Meinung, daß das neue Präsidium selbstverständlich das Anliegen seiner Mitglieder ernst nehmen und sich Neuwahlen stellen wird. Viele Mitglieder erwarteten und erwarten sich eine inhaltlich - diskursive Aufklärung und Auseinandersetzung - das Präsidium reagiert jedoch auf formal-juridische Weise und negierte damit ein legitimes Anliegen vieler Mitglieder.

Mit Befremdung mußten wir zu Kenntnis nehmen, daß offensichtlich eine Politik des Sesselklebens betrieben wird, unsere Anliegen nicht gehört wurden und die inhaltliche Ebene, auf der eine solche Auseinandersetzung geführt werden sollte, zugunsten von juristischen Spitzfindigkeiten nicht einmal ansatzweise aufgegriffen wurde. So schmetterten sie die ca. 500 Briefe, die Mitglieder an die 2 Personenkomitees mit dem Anliegen: Neuwahl bzw. Rücktritt des Präsidiums gesandt hatten ab, indem sie sich nur auf die Behauptung der Rechtmäßigkeit hin (die

ja niemand angezweifelt hat) ihre Wahl zurückzogen. Darüberhinaus nutzten sie ihre Definitionsmacht aus, indem sie z.B. weitere Generalversammlungen als zu teuer erklärten, obwohl die Mittel für Rechtsvertreter in ausreichendem Maß verfügbar scheinen.

Das Agieren in der Sprache der juristischen Spitzfindigkeiten fand seinen Höhepunkt als wir uns alle auf einer „unordentlichen“ (Zitat Fr. Mag. Patera, Aussendungstext) Generalversammlung in Wien wiederfanden, wo das Präsidium durch Abwesenheit glänzte, da ihrer Meinung nach - wie uns ein Vertreter des ÖBVP - Rechtsvertreter mitteilte - die ganze Versammlung nicht Rechtens sei und nötigenfalls bis auf höchstgerichtlicher Ebene angefochten werden würde! Trotzdem wurden mit überwältigender Mehrheit von uns anwesenden Mitgliedern Beschlüsse gefaßt wie z. B. die Einführung der Briefwahl (253 pro Briefwahl, 17 contra, 17 Enthaltungen) die allesamt von den Vertretern von 5 Bundesländern mittels Veto außer Kraft gesetzt wurden! Spätestens dadurch wurde klar, daß noch andere, formal mächtige Kräfte, wie die FunktionärInnen einiger Bundesländer, Interesse am Verbleib des jetzigen Präsidiums haben und - ihre eigenen Interessen verfolgend - an diesem Konflikt mitbeteiligt sind. Klare Abstimmungsergebnisse werden einfach - wieder mit der Macht des Formalismus - außer Kraft gesetzt.

Erwähnen wollen wir auch, daß wir von Präsidiumsseite bisher keinerlei inhaltliche Zielsetzungen vernommen haben. Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern "auf Basis des Psychotherapiegesetzes" sind zwar wunderschöne Phrasen, wie wir sie von amtierenden Politikern kennen, sagen jedoch nichts über geplante Vorgangsweisen aus. Es befremdet uns auch, daß Projekte, die von engagierten Mitgliedern geplant oder ins Leben gerufen wurden, plötzlich in der Schublade verschwinden oder von "Regimetreuen" in autoritärem Stil übernommen werden.

Liebe KollegInnen!

Dem Engagement von 137 Mitgliedern ist es zu verdanken, daß wir am 16. 5. 98 in Salzburg die Möglichkeit haben, dieses Präsidium abzuwählen und diesmal auf transparente Weise - die Kandidaturen sind diesmal bekannt - ein neues Präsidium zu wählen. Das amtierende Präsidium hat sich bisher allerdings geweigert, die von den Kandidaten verfaßten Vorstellungsunterlagen auszusenden. In diesem Zusammenhang wollen wir auf die Veranstaltung des WLP am 6.5. hinweisen, wo die Möglichkeit geschaffen wurde, die Kandidaten persönlich kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren. Für die Interessierten aus den Bundesländern empfehlen wir, die nötigen Infos beim ÖBVP einzufordern.

Wir appellieren an Sie!

Fahren Sie (auch Stimmübertragungen sind möglich) nach Salzburg, auch wenn Sie von der ganzen Berufspolitik eigentlich schon nichts mehr hören wollen und außerdem unter akutem Zeitmangel leiden! Als PsychotherapeutIn sind Sie automatisch Teil des Systems und können auch durch Austritt oder Nicht-in-Erscheinung-treten diesem System nicht entkommen

Kommen Sie zur Versammlung und machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch!

*Mag. Regina Aigner,
Dr. Josef Ehrenmüller
Silvia Himmel
Dr. Ewald Höld
Karin Menzel
Erhard Petrzelka
Mag. Erni Potmesil
Christine Rhemann
Christian Schiguff
Walter Schwarzwinger
Robert Vitek*

Bahnfahrt nach Salzburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Anläßlich der **a.o. Generalversammlung in Salzburg am Samstag, 16.5. 1998** bietet Ihnen der WLP eine sehr kostengünstige Fahrt nach Salzburg an.

- Sie zahlen für eine **Hin- und Retourfahrt von Wien-Salzburg-Wien S 290.-**
- Abfahrt von Wien-Westbahnhof um 7.20 Uhr Ankunft in Salzburg 10.28 Uhr
- Rückfahrt von Salzburg um 19.10 Uhr Ankunft in Wien 22.35 Uhr.
- Es stehen 66 Plätze zur Verfügung und der **Waggon wird mit einem WLP-Schild zu erkennen sein.**

Wenn Sie dieses Angebot in Anspruch nehmen wollen, zahlen

Sie bitte diesen Betrag sobald als möglich unter Angabe des Namens, der Adresse und des Vermerkes "Bahnfahrt Salzburg" auf das Konto des WLP, Erste Österr. Sparkasse, Blitzl 20111, KtoNr. 076-06176 ein

Im Zug selbst erhalten Sie dann von uns in dem für den WLP gemieteten Waggon mit Abteilen Ihre Fahrkarte.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Service die Entscheidung bei einer weiteren wichtigen Entscheidungsfindung in unserem Berufsverband, geholfen zu haben.

Pflichtversicherung

Für Fragen betreffend die neue Pflichtversicherung für Selbständige gibt es eine Hotline der SVA der gewerblichen Wirtschaft: Mo - Fr 7.30 bis 13.30 Uhr, Tel: 54654 - 4699

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:
WLP, 1010 Wien, Rosenbursenstr. 8/3/8, Tel. & Fax.: 512 61 73
Redaktion: Heinz Laubreuter, Claudia Reinhaller
Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen.
DVR: 0738506, Auflage: 1300
Verlagspostamt: 1010 Wien, P.b.b

An:

Frau DSA Ingrid Farag
Würthg. 4a/7
A-1190 Wien